



## KEESA

Kampagne für  
Entschuldung und  
Entschädigung im  
Südlichen Afrika

## Rundschreiben 31 Mai 2023

- Konflikte um Erdölgewinnung in Uganda / Lithium-Boom in Simbabwe
- Bedrohte zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume in Simbabwe und Mosambik
- Südafrikas Position zwischen Russland und dem Westen – oder China?
- Bundespräsident Berset in Botswana und Mosambik – hat jemand etwas gemerkt?
- Glencore im Ausland wegen Korruption verurteilt – die Bundesanwaltschaft lässt sich Zeit
- Zyklon Freddy verwüstet Malawi
- «Freud und Leid des Volkes teilen» – Joe Elsener (26.5.1929 – 21.4.2023)

### Konflikte um Erdölgewinnung in Uganda

Auf der ugandischen Seite des Albertsees wurden vor 15 Jahren Rohölvorkommen im Umfang von 6,5 Mia. Fass entdeckt. Wie ich (KEESA-Mitglied Barbara Müller) während eines privaten Besuchs im November 2022 feststellen musste, ist die Gegend rund um den Ort Kasenyi heute eine riesige Baustelle, die sich bis in den nahen Murchinson Falls Nationalpark erstreckt. Breite Schnellstrassen, Bohrlöcher, ein Flugplatz und Containerlager, Unterkünfte für Arbeiter\*innen prägen die Landschaft. Nach jahrelangen Verhandlungen mit Uganda hat sich der französische Erdölkonzern TotalEnergies mit 70 Prozent den Löwenanteil am Projekt gesichert. Der kleinere Teil ging an die chinesische Förderfirma CNOOC.

Der britische Guardian berichtet, dass bereits 400 Erdölquellen erschlossen sind, gut 100 davon im Gebiet des Nationalparks, dessen Elefanten sichtlich genervt auf die Umtriebe reagieren. Die Menschen vor Ort befürchten, dass die Tiere wegziehen und der Nationalpark zerstört wird. Schon bei den Probebohrungen sei gemäss Fischern Öl in den Albertsee geflossen.

Das Erdöl muss auf 50 Grad erhitzt werden, um über die rund 1500 Kilometer lange Pipeline EACOP zum tansanischen Hafen Tanga zu gelangen. Für den Bau der Pipeline wurden in Uganda bisher 31'000 Kleinbäuer\*innen enteignet und vertrieben, insgesamt

sollen 100'000 Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Auf Entschädigungen müssen die Vertriebenen bis zu vier Jahre lang warten, in der Zwischenzeit müssen sich viele von ihnen verschulden. Wiederum gemäss Guardian klagen viele, dass die Zahlungen nicht dem Wert ihrer Grundstücke entsprechen. Auch die Umsiedelungen liessen Unzufriedene zurück.

Ein Drittel von EACOP führt durch die Wasserscheide des Viktoriasees, die Lebensgrundlage für 40 Millionen Menschen. Ein Leck in der Pipeline könnte katastrophale Auswirkungen haben. Die Umweltzerstörung durch Shell im Nigerdelta vor Augen befürchten viele Ugander\*innen, dass es bei ihnen nicht anders sein wird und die einfachen Menschen nichts von der Erdölförderung haben werden. Weder in Uganda noch in Tansania sind Raffinerien geplant – das geförderte Rohöl soll exportiert werden, ohne Nutzen für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft.

#### Widerstand und Repression

Die Regierung von Yoweri Museveni und ein Subkontraktor von TotalEnergies brechen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung mit harschen Mitteln. Die Armee beteiligt sich an Vertreibungen, schüchtert ein und verhindert offene Proteste. Journalist\*innen werden verfolgt und Menschenrechtsaktivist\*innen



Albertsee – Lebensgrundlage tausender Menschen ist durch die Pipeline akut bedroht. Bild. B.Müller.

an der Arbeit gehindert, Proteste niedergeschlagen. Maxwell Atuhura, ein Lokaljournalist, erzählte dem Reporter des Guardian: «Im Mai 2021 wurde ich verhaftet. Ich verbrachte zwei Tage in einer Zelle. Die Polizei konfiszierte meine Ausrüstung und bedrohte mich, sie sagten, dass ich mein Leben aufs Spiel setze, wenn ich weitermache.»

Mehrere französische NGOs zogen TotalEnergies wegen Verletzung des 2017 in Kraft gesetzten Sorgfaltspflichtgesetz vor Gericht. Danach sind Unternehmen mit über 10'000 Angestellten verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die durch die eigene Geschäftstätigkeit oder durch die von Subunternehmern verursachte werden, zu ver-

## Lithium-Boom in Simbabwe

Lithium ist derzeit einer der begehrtesten Rohstoffe. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren rapide gestiegen, hauptsächlich aufgrund dessen Verwendung für Batterien in Elektrofahrzeugen. In Simbabwe befinden sich Afrikas grösste Lithiumvorkommen. Die Regierung unter Mnangagwa hat proklamiert, in Zukunft 20% des weltweiten Bedarfs decken zu wollen. In Simbabwe gibt es mindestens sechs größere Projekte zur Erschliessung von Lithiumminen. In den letzten zwei Jahren wurden die grössten dieser Lithiumprojekte von chinesischen Bergbau- und Chemiekonzernen aufgekauft.

Als sich aufgrund der gewaltigen Nachfrage die Lithiumpreise im Oktober 2022 fast verfünffachten, wurde der Lithiumabbau auch für informelle Bergarbeiter\*innen attraktiv. Gemäss Zeitungsberichten sollen in der Folge mehr als 5'000 Kleinschürfer\*in-

hindern. Das entsprechende Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Eine Annahme der Konzernverantwortungsinitiative 2020 hätte derartige Klagen auch in der Schweiz ermöglicht.

Zusammen mit 263 NGOs appellierte die KEESA im März 2021 an 25 interessierte Banken, sich nicht an der Finanzierung des Projektes zu beteiligen. Der Appell bewirkte, dass 24 Banken explizit auf eine Beteiligung verzichteten, darunter auch die Credit Suisse.

Das EU-Parlament prangerte im September 2022 mit einer dringenden Resolution die Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit dem Projekt sowie die grossen Umwelt- und Klimarisiken durch die Erdölförderung und die Pipeline an. Namentlich TotalEnergies wird aufgefordert, das Projekt zu sistieren.

Die Regierungen Ugandas und Tansanias protestierten scharf gegen die Resolution. Sie verurteilten die Heuchelei der europäischen Länder, die angesichts der drohenden Energieknappheit wieder vermehrt fossile Brennstoffe nutzten, von Ländern des globalen Südens aber einen Verzicht auf die Ausbeutung ihrer Ressourcen verlangten. Sie qualifizierten deshalb die Resolution als neokoloniale Einmischung.

nen rund um die Sandawana Mine im Mberengwa Distrikt in der Midlands Provinz Lithiumerze von Hand abgebaut haben. Kurz darauf sperrte die Polizei jedoch jeglichen Zugang zu den Gebieten und verhaftete mehrere Bergarbeiter\*innen. Sie mussten ihre abgebauten Erze unverkauft zurücklassen.

Im Dezember führte die simbabwische Regierung ein Exportverbot für unverarbeitetes Lithium ein. Dieses soll die ausländischen Konzerne dazu bringen, in die gewinnbringendere Weiterverarbeitung zu investieren. Kritischen Beobachter\*innen zufolge trifft die neue Verordnung aber vor allem die Kleinschürfer\*innen. Die NGO Southern African Resource Watch kommentiert, dass der Kleinbergbau wichtig sei, «da er zum Lebensunterhalt von über 1,5 Millionen Menschen im Land beiträgt». Sie sieht aber auch die positive Seite des Exportverbots, das die

Wertschöpfung im wirtschaftlich angeschlagenen Land unterstützen möchte. Allgemein bezeichnet man solche Versuche afrikanischer Regierungen als einen Akt des Ressourcennationalismus.

Am Rennen um begehrte Metalle wie Lithium in Simbabwe wollen sowohl Regierung, Kleinbergbauer\*innen sowie ausländische Unternehmen teilhaben. Auch Schweizer Unternehmen versuchen zunehmend Teil davon zu sein. Die Rohstoffgiganten Glencore, Trafigura und Mercuria handeln mittlerweile auch mit dem weissen Metall und investieren in grosse Lithiumprojekte, bisher vorerst hauptsächlich in Europa und Nordamerika. Jedoch hat das in Genf ansässige Handelsunternehmen Transamine bereits 2019 einen Abnahmevertrag über 150.000 Tonnen simbabwisches Lithiumkonzentrat unterzeichnet. Dieses soll durch den Abbau in Kamativi in Matabeleland gedeckt werden. Informationen zu den Akteuren im Lithiumbusiness sind jedoch spärlich.

Gerade aufgrund dieser Intransparenz und der teils gewaltsamen Vertreibung der Kleinbauer\*innen zeigen sich die beiden Rohstoffexperten und Aktivisten Darlington Chidarara (ActionAid) und Mukasiri Sibanda (Stop the Bleeding Campaign) skeptisch. Denn der Lithiumboom erinnert stark an frühere Erfahrungen im Bergbausektor, die von Konflikten, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Verschwiegenheit geprägt waren.

Diese Probleme müssen von der simbabwischen Regierung und den Bergbauunternehmen angegangen werden und Kleinbergbau soll nicht verboten, sondern besser reguliert werden. Dazu kann auch die Schweiz einen Beitrag leisten, beispielsweise in dem sie grössere Transparenz und stärkere Sorgfaltspflichten fordert. Denn es scheint ausser Zweifel, dass die Nachfrage nach Lithium und das Interesse an den simbabwischen Rohstoffen weiterhin hoch bleibt.

## Bedrohte zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume in Simbabwe und Mosambik

In Simbabwe verabschiedete das Parlament diesen Februar die Private Voluntary Organisations Amendment Bill, ein hoch umstrittener Gesetzesentwurf, der die Handlungsfreiheit zivilgesellschaftlicher Organisationen massiv einschränken wird, stärker als dies bereits der Fall ist. Wie ein Expertengremium des UN-Menschenrechtsrates in einer Eingabe an die Regierung kritisierte, steht das Gesetz im Widerspruch zu internationalen verbindlichen Menschenrechten, insbesondere zur Vereinigungsfreiheit. Sie hatte Präsident E.D. Mnangagwa aufgefordert, es nicht in Kraft zu setzen. Das Gesetz gibt der Regierung umfassende Vollmachten nicht nur zur Überwachung von Nichtregierungsorganisationen, sie kann diese auch auflösen, Gelder beschlagnahmen und hohe Gefängnisstrafen verhängen. Gemäss Gesetz wäre den zivilgesellschaftlichen Organisationen jede politische Betätigung untersagt.

Das Gesetz, gegen dessen Einführung die Zivilgesellschaft vergeblich kämpfte, wurde unter dem Vorwand der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismus vorangetrieben, in Wirklichkeit dient es der Ausschaltung kritischer Stimmen. Bereits jetzt werden Journalist\*innen, Menschenrechtsaktivist\*innen und oppositionelle Politiker\*innen bedroht und willkürlich verhaftet. Ein Beispiel dafür ist die monatelange Inhaftierung von Job Sikhala, einem Parlamentarier der Oppositionspartei Citizens' Coalition

for Change, dem Anstiftung zu Gewalt vorgeworfen wird. Seit Juni 2022 sitzt er im Hochsicherheitsgefängnis in Untersuchungshaft, alle Anträge auf Entlassung gegen Kautions wurden abgelehnt.

In Mosambik hat die Regierung von Präsident F. Nyusi dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der darauf abzielt, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen einzuschränken. Auch hier dienen die, von internationalen Gremien monierten, mangelnden Instrumente zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung als willkommener Vorwand. An einem Treffen im Februar diskutierten Vertreter\*innen der mosambikanischen Zivilgesellschaft ihre Positionen zum geplanten Gesetz. Adriano Nuvunga, Direktor des Centre for Democracy and Development fasst ihre Haltung zusammen: «Die Regierung ermächtigt sich zur Schliessung von Organisationen in klarer Verletzung der mosambikanischen Verfassung und der Afrikanischen Charta zu Menschen- und Volksrechten».

Parallel dazu soll auch die Medienfreiheit weiter eingeschränkt werden. Bereits jetzt führen investigative Journalist\*innen in Mosambik ein gefährliches Leben, wenn sie beispielsweise über den Krieg im Norden des Landes berichten.

Besorgniserregend ist die brutale Repression der grossen Trauerkundgebungen für den kürzlich ver-

storbenen Rapper Azagaia. Nach der kirchlichen Trauerfeier blockierten schwer bewaffnete Bereitschaftspolizisten die Route zum Friedhof und schossen Tränengas in die Trauergemeinde. Azagaia war vor allem von jungen Menschen verehrt worden, weil er in seinen Liedern die Entbehrungen des Vol-

kes zum Ausdruck brachte und die kriminellen Verwicklungen der Mächtigen anprangerte. Offenbar greift die Regierung Nyusi angesichts der grossen Unzufriedenheit in der Bevölkerung und mangels eigener Zukunftsvisionen immer mehr zum Mittel direkter Repression.

## Er sagte, was er nicht hätte sagen dürfen

«Die Korruption behindert die Entwicklung Mosambiks», sagte der deutsche Botschafter Lothar Freischlader in einem langen Interview mit Canal de Moçambique (1. Februar). Das gefiel Präsident Filipe Nyusi in keiner Weise und er wies Freischlader öffentlich zurecht und forderte von ausländischen Diplomaten «Respekt für die Souveränität des Landes und keine Einmischung in innere Angelegenheiten».

Nyusi fühlt sich gestärkt. Im Oktober 2021 legten die Weltbank, die EU und andere Geber einen Vorschlag für eine Entwicklungsstrategie für den Norden (ERDIN) vor, der mit 2,5 Mrd. USD verbunden war. In dem Vorschlag wurde der Schwerpunkt auf lokale Missstände gelegt - Armut, Ungleichheit, Marginalisierung und keine Gewinne aus lokalen Ressourcen. Die Regierung weigerte sich, das ERDIN dem Ministerrat vorzulegen, was zu einer achtmonatigen Blockade führte. Selbst 2,5 Mrd. USD reichten nicht aus, um die Regierung Nyusi zum Einlenken zu bewegen. Im August 2022 gaben die Geber nach. Die veranschlagten Gelder werden freigegeben.

Freischlader sprach Klartext: Die Geber wurden ermahnt, sich zu fügen, Geld zu geben und sich nicht in lokale Probleme wie Korruption einzumischen. Und das im Norden Mosambiks gefundene Gas lässt offenbar alle Bedenken und Vorbehalte über Bord gehen.

## Südafrikas Position zwischen Russland und dem Westen – oder China?

Südafrika hat sich im ersten Jahr in Bezug auf Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine als neutral positioniert, bei allen UNO-Resolutionen der Stimme enthalten und rund um die Jähmung des Angriffs mittels einer gemeinsamen maritimen Übung mit Russland und China vor den Küsten Südafrikas klarer wenn auch nicht explizit für Russland ausgesprochen. Die Reaktion hier in der Schweiz ist breites Unverständnis.

Auslöser der letzten Empörung war die erneute Stimmabstinenz Südafrikas, zusammen mit einigen wenigen afrikanischen Ländern, Indien und China, bei der Verurteilung von Russlands Annexion ukrainischer Territorien durch die UNO-Generalversammlung Ende Februar 2023. Als Erklärung brachte Südafrikas Departement für internationale Beziehungen und Kooperation vor, dass die UN-Resolution weitere Brüche hervorrufen und ein Frieden damit in weitere Ferne rücken würde. Diplomatie und Dialog seien der einzige Weg zu einer anhaltenden Lösung des Konflikts.

Was dies genau heisst bzw. verdeckt, ist eine schwierige Frage. Zahlen aus Umfragen kurz vor dem Angriffskrieg zeigen, dass Bewohner\*innen afrikani-

scher Länder eine höhere Sympathie für Russlands Führung als der globale Durchschnitt (33 Prozent) haben. Die Länder im südlichen Afrika, wo die ehemaligen Befreiungsbewegungen eine anti-koloniale Vergangenheit mit der damaligen Sowjetunion teilen, liegen aber teils unter dem globalen und klar unter dem afrikanischen Durchschnitt (Sambia 22 Prozent, Südafrika 30 Prozent, Tansania 32 Prozent). Ein Grossteil der Armen und Arbeiter\*innen in Südafrika und anderen Ländern des Südlichen Afrikas hätten in der UN-Generalversammlung demnach vermutlich für die Resolutionen gestimmt. Wie ist diese Differenz zwischen der Regierung und der Bevölkerung zu erklären? Die Regierungsparteien, allen voran der ANC, wuchsen aus der anti-kolonialen Befreiungsbewegungen heraus, repräsentieren heute aber nicht mehr ihre Bevölkerung. Vielmehr lässt sich ihre Nähe zu Russland, Indien und China mit ihrerseits regional-imperialen Ambitionen erklären. Für Südafrika schaffte die Vereinigung der aufstrebenden Wirtschaften des Globalen Südens, die sogenannten BRICS-Staaten, neue Allianzen und Alternativen abseits des neo-kolonialen Nord-Süd-Grabens. Der ANC Südafrikas orientiert sich heute wirtschaftlich und politisch an den BRICS-Staaten im Allgemeinen

und im Speziellen an China. Vor diesem Hintergrund scheint es einleuchtend, Südafrikas Zögern in Bezug auf die Verurteilung Russlands mit Chinas Position in dieser Frage zu lesen: China enthielt sich gleichermaßen bei den UNO-Abstimmungen und sendet seit Kurzem klare Signale für die Parteinahme mit Russ-

land. Südafrikas Enthaltung in der Russland-Ukraine Frage muss also nicht primär als ein Kommentar zu seiner Beziehung mit dem Westen gelesen werden (wie es der Westen impulsiv macht – und verurteilt), sondern als Präferenz für und seine Orientierung an China und den BRICS-Staaten interpretiert werden.

## **Bundespräsident Berset in Botswana und Mosambik – hat jemand etwas gemerkt?**

Weitgehend unbeachtet von der schweizerischen Öffentlichkeit war Bundespräsident Alain Berset vom 6. bis 10. Februar auf Präsidialbesuch in Botswana und Mosambik. In Botswana, ein Land zu dem die Schweiz bisher keine engeren Beziehungen pflegte, führte er Gespräche mit Präsident Mokgweetsi Masisi sowie mit dem Generalsekretär der SADC (Southern African Development Community) Elias Magosi über die Zusammenarbeit in der Region. Berset besuchte auch das dortige Forschungszentrum, das durch die Entdeckung der Omikron-Variante des Corona-Virus international bekannt wurde. Der Besuch ist als Würdigung afrikanischer Forschungsleistungen zu verstehen.

Mit Mosambik verbindet die Schweiz eine intensive Beziehung, ist das Land am Indischen Ozean doch seit 1979 ein Schwerpunkt der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Jetzt kommt der ge-

meinsame Einsitz in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2023 - 2024 dazu. Die Zusammenarbeit in diesem Gremium war Gesprächsgegenstand zwischen Berset und Präsident Felipe Nyusi. Beide wollen sich für die sichere Versorgung mit Wasser und Gesundheitseinrichtungen in Krisenfällen einsetzen. Berset reiste auch in die von kriegsgeprägten Unruhen gebeutelte Provinz Cabo Delgado, wo er das Flüchtlingslager Mueda besuchte. Die Schweiz gewährt 123 Millionen Franken humanitäre Hilfe für die durch den Krieg in Not geratenen 1,5 Millionen Menschen.

Als Folge der versteckten CS-Schulden hatte die Schweiz 2017 die Budgethilfe an Mosambik eingestellt und damit zur Zahlungsunfähigkeit des Landes und zur Not der Bevölkerung beigetragen. Inwiefern dies bei den Gesprächen erörtert oder eine Schuldenstreichung thematisiert wurde, ist nicht bekannt.

## **Glencore im Ausland wegen Korruption verurteilt – die Bundesanwaltschaft lässt sich Zeit**

Im Februar verkündete Glencore einen Rekordgewinn von 17 Milliarden USD für das Jahr 2022. Dies sei das Dreifache des Vorjahres und bedeute 7 Milliarden USD Dividenden, die an die Aktionäre ausgeschüttet werden konnten, berichtete der Tages-Anzeiger. Angesichts dieser Rekordgewinne scheint die Verurteilung Glencores für Bestechung und Marktmanipulation bereits in weite Ferne gerückt.

Der Konzern bekannte sich im März letzten Jahres schuldig und bezahlte 1.5 Milliarden USD als Strafe. Dabei ging es um Korruption und Bestechung in mehreren afrikanischen Ländern, darunter Kamerun, Nigeria und Südsudan und in einem weiteren Verfahren um Marktmanipulation in den USA. Beide Strafverfahren fanden in den USA statt und basierten auf Ermittlungen in den USA, Grossbritannien und Brasilien. Bezahlt wurden die Strafen in den

USA sowie in Brasilien. Eine weitere Verurteilung und daraus folgende Strafzahlung in der Höhe von 372 Millionen USD musste eine britische Tochtergesellschaft in Grossbritannien bezahlen. Auffällig ist, dass in keinem der abgeschlossenen Verfahren Geld an die direktbetroffenen afrikanischen Staaten flossen.

Auch die Bundesanwaltschaft in der Schweiz ermittelt bereits seit 2019 wegen Verdachts auf Bestechung fremder Amtsträger gegen unbekannt (basierend auf einer Anzeige von Public Eye von 2017) und seit 2020 gegen Glencore wegen Verdachts auf Sorgfaltspflichtverletzung bei der Verhinderung von Straftaten wie Korruption. Im Gegensatz zu den US- und britischen Behörden lässt sich die Bundesanwaltschaft jedoch Zeit mit ihren Ermittlungen – wann Ergebnisse erwartet werden können, ist offen.

## Zyklon Freddy verwüstet Malawi

Seit Langem wissen wir um die Risiken der Erderwärmung. Die Produzenten fossiler Brennstoffe und die petrochemische Industrie haben dies in der Öffentlichkeit jedoch stets vehement bestritten und sich gegen Massnahmen zur Eindämmung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses gewandt. Derzeit weisen sie Rekordgewinne aus. Den Preis zahlen die Länder des Globalen Südens.

Zum Beispiel Malawi: Dort richtete Zyklon Freddy am 11. März verheerende Schäden an. OCHA, die Nothilfeorganisation der UNO, rechnet mit 1'200 Toten. 1'300 Schwerverletzte liegen in den Spitälern und 180'000 mussten die zerstörten Dörfer verlassen, die Infrastruktur des ohnehin armen Landes blieb schwer beschädigt zurück. Präsident Chakwera

sagte: «Das Ausmass an Zerstörung übersteigt unsere Ressourcen.» Bereits im Vorjahr war die Wasserversorgung Malawis durch zwei Zyklone so stark beschädigt worden, dass eine Cholera-Epidemie ausbrach.

Die Weltmeteorologische Organisation bezeichnete Freddy als den am längsten dauernden und mächtigsten Tropensturm der Geschichte. Von Australien kommend war der Sturm länger als einen Monat unterwegs und pendelte zwischen Madagaskar und der Küste Mosambiks, wobei er sich immer wieder auflud. Der Indische Ozean, an dessen Küste Malawi liegt, erwärmt sich schneller als alle anderen Ozeane. Deshalb sind weitere Katastrophen dieser Art als Folgen der Erderwärmung zu erwarten.

### «Freud und Leid des Volkes teilen»

**Joe Elsener (26.5.1929 – 21.4.2023)**

Die KEESA trauert um ihr ehemaliges Mitglied Joe Elsener, der im 93. Lebensjahr in Immensee gestorben ist. Joe hat sich unerschütterlich und kenntnisreich für Gerechtigkeit und Entkolonialisierung eingesetzt. Sein Herz schlug für die Menschen vor allem in Simbabwe

Den grössten Teil seines Lebens hat Joe Elsener in Simbabwe verbracht, wohin er 1929 als Missionar im Dienst der Missionsgesellschaft Bethlehem Immensee (SMB) zog. Im damaligen Südrhodesien hat er die Jahre des Befreiungskampfes verbracht und den Übergang zur Unabhängigkeit miterlebt. In der Publikation «Freud und Leid des Volkes teilen» (2017) beschreibt er die schwierigen Entscheidungen, welche die Missionare unter Kriegsbedingungen treffen mussten, die einigen von ihnen das Leben kostete. Völlig unerwartet musste er sein geliebtes Simbabwe verlassen, als er 1981 zum Generaloberen der SMB gewählt wurde, ein Amt, das er bis 1993 innehatte. Von 1994 bis 2001 lebte er wieder in Harare, wo er für die Bischofskonferenz des südlichen Afrikas tätig war. Dazwischen war Joe als Wahlbeobachter in Mosambik und bei den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im Einsatz. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz 2001 hat er bis 2014 im Ausschuss der KEESA mitgearbeitet. 2010 war er Teil einer Delegation der KEESA, die in verschiedenen Städten Südafrikas den Kreis-Bericht zu den Beziehungen der Schweiz mit dem Apartheidstaat vorstellte.

Joe bleibt uns als Mensch mit klarer politischer und solidarischer Haltung in Erinnerung.

*Josef Elsener / Bruno Soliva: Freud und Leid des Volkes teilen. Vom Umgang mit dem Unabhängigkeitskrieg in Rhodesien/Simbabwe und der Apartheid in Südafrika. 2017, rex verlag luzern*

#### Mitarbeit an diesem Rundschreiben:

Aurora García, Anna-Sophie Hobi, Daniela Lilja, Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger

KEESA, Postfach 195, 4005 Basel  
info@keesa.ch www.keesa.ch

**Auch wenn die Arbeit der KEESA grösstenteils ehrenamtlich geleistet wird, ist die KEESA immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen!**

**PC 30-494115-9  
IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9**